

PROGRESSOMASCHINE

ASYLSUCHENDE SOLLN
DEZENTRAL IN WOHNUNGEN
UNTERGEBBRACHT WERDEN.

ALLE LAGER,
SAMMELUNTERKÜNFTE UND
ANKER-ZENTREN IN
DEUTSCHLAND SOLLN
GESCHLOSSEN WERDEN.

POSITION DER CDU/CSU



"Das derzeitige Verfahren der Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen vor Verteilung auf die kommunalen Gebietskörperschaften hat sich aus Sicht von CDU und CSU bewährt und bedarf keiner Änderung. Es trägt dazu bei, Asylverfahren effektiv zu gestalten."

POSITION DER SPD



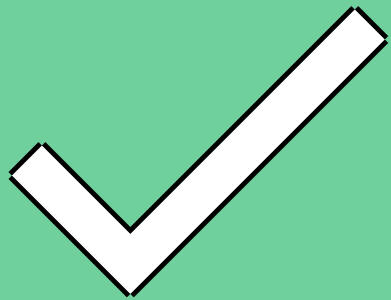
"Es ist weiter sinnvoll, Asylsuchende unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland für die ersten Verfahrensschritte in einer Sammelunterkunft unterzubringen. Hier soll eine zügige Klärung der wichtigsten Punkte erfolgen. danach ist eine dezentrale Unterbringungen auch im Sinne einer schnellen Integration sehr wünschenswert."

POSITION DER GRÜNEN



* "Wir GRÜNE wollen, dass Geflüchtete maximal drei Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen leben müssen. Danach sollte das dezentrale Wohnen Vorrang haben. AnkER-Zentren in ihrer jetzigen Form lehnen wir ab. Kindern, unabhängig von der Bleibeperspektive, wollen wir den Zugang zu Kitas, Schulen und anderen Bildungsangeboten garantieren."

POSITION DER LINKEN



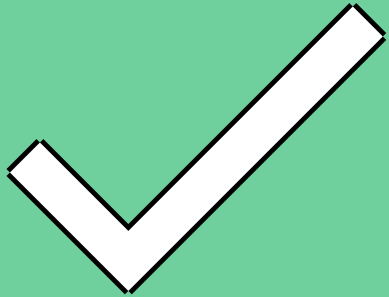
"DIE LINKE spricht sich schon immer für eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden aus, soweit möglich in Wohnungen. Größere Massenunterkünfte müssen geschlossen werden, sie sind insbesondere mit dem Kindeswohl oder mit den Bedürfnissen besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge unvereinbar. Wir kämpfen gegen eine Politik, die zur Abschreckung auf menschenunwürdige Lager setzt. Die euphemistisch "Anker-Zentren" genannten Lager haben wir als Orte der Entrechtung scharf kritisiert."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



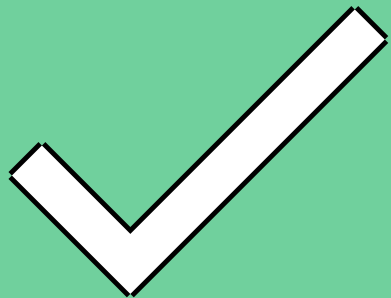
"Wir wollen die Anker-Zentren als erste Anlaufstelle beibehalten. Im Anschluss setzen wir uns für dezentral Verteilung der Asylsuchenden nach der Aufteilung gemäß Königsteiner Schlüssel ein."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



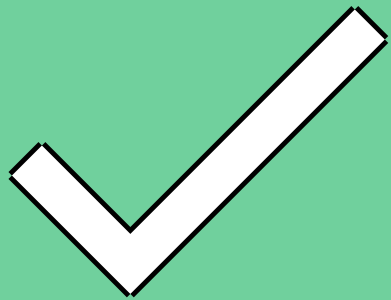
"Eine dezentrale Unterbringung Geflüchteter inmitten der Bevölkerung erleichtert enorm die Integration. Abgeschottete Lager sorgen dagegen von Anfang an für Berührungsängste und die Bedingungen dort sind, z.B. was die Privatsphäre angeht, zudem oft menschenunwürdig."

POSITION DER PIRATEN



"Durch die Unterbringung in Lagern und Gemeinschaftsunterkünften, die vielfach keinen Mindeststandards unterliegen und abgelegen von Stadtkernen entstehen, sind Asylsuchende zu einem isolierten Leben gezwungen. Besonders schutzbedürftige Personen wie alleinstehende Frauen, Kinder, und Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität bzw. Orientierung oder aus religiösen Gründen verfolgt werden, werden vermeidbaren Gefährdungen ausgesetzt."

POSITION VON VOLT



"Volt setzt sich für die Abschaffung von AnKER-Zentren ein. Wir wollen, dass Geflüchtete dezentral untergebracht werden und sofortigen Zugang zum Gesundheitssystem, Bildungssystem sowie zum Arbeitsmarkt erhalten, um die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme zu geben."

ANDERE POSITIONEN



ÖDP*

FDP**



Partei für

Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

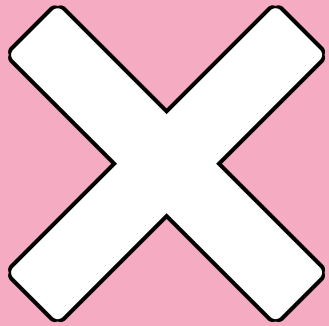
** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

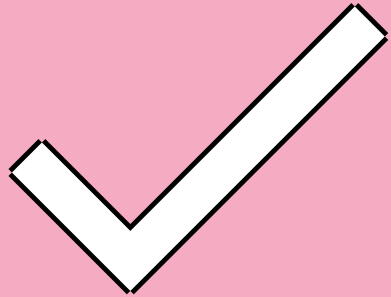
DIE UNTERBRINGUNG VON
BESONDERS
SCHUTZBEDÜRFTIGEN
ASYLSUCHENDEN WIE Z.B.
FRAUEN UND LGBTQIA* SOLL
AUSSCHLIEßLICH IN
GESCHÜTZTEN RÄUMEN (SAFE
SPACES) STATTFINDEN.

POSITION DER CDU/CSU



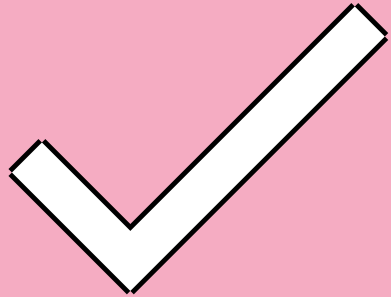
"Der Forderung nach Unterbringung in ausschließlich geschützten Räumen stimmen wir so nicht zu. Aber selbstverständlich muss die Unterbringung so erfolgen, dass diejenigen, die eines besonderen Schutzes bedürfen, diesen auch erhalten. Dafür muss innerhalb der Aufnahmeeinrichtungen durch die Verantwortlichen Sorge getragen werden."

POSITION DER SPD



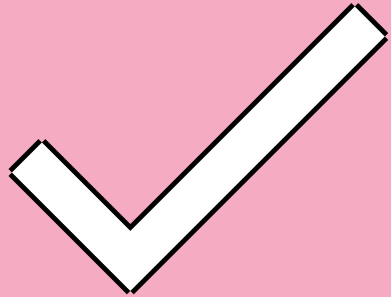
"Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig. Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen wir schützen. Das gilt auch für alleinreisende Kinder und Jugendliche sowie schutzsuchende queere Menschen."

POSITION DER GRÜNEN



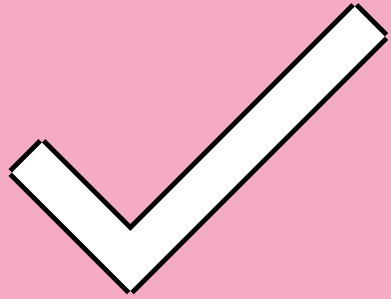
"Um besondere Bedarfe vulnerabler Gruppen feststellen zu können, muss aus unserer Sicht deren Identifizierung vor der Anhörung vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgen. Vulnerable Gruppen sind geschützt unterzubringen. Insbesondere die Berücksichtigung erlittener geschlechtsspezifischer Verfolgung ist zu gewährleisten."

POSITION DER LINKEN



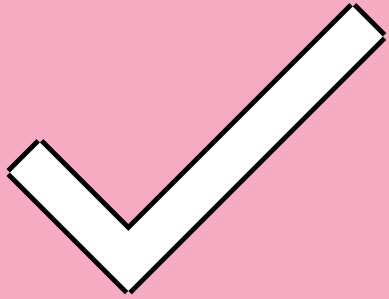
"Soweit eine dezentrale Unterbringung, vorzugsweise in Wohnungen, nicht möglich ist, müssen besonders schutzbedürftige Asylsuchende in geschützten Räumen untergebracht werden. Wichtig sind auch ein niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot für diese Personengruppen und entsprechende Schutzkonzepte vor Ort."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



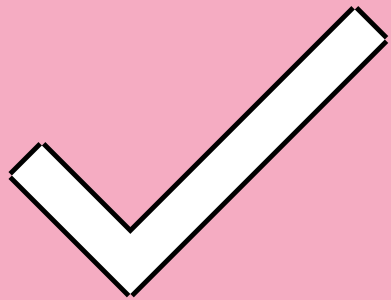
"Besonders für LGBTQIA*
müssen geschützte Räume
zur Verfügung gestellt
werden."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



"Nur so kann der nötige Schutz für sie auch wirklich garantiert werden."

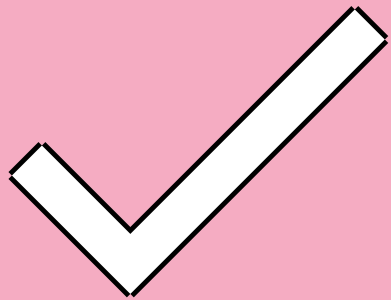
POSITION DER PIRATEN



"Durch die Unterbringung in Lagern und Gemeinschaftsunterkünften, die vielfach keinen Mindeststandards unterliegen und abgelegen von Stadtkernen entstehen, sind Asylsuchende zu einem isolierten Leben gezwungen.

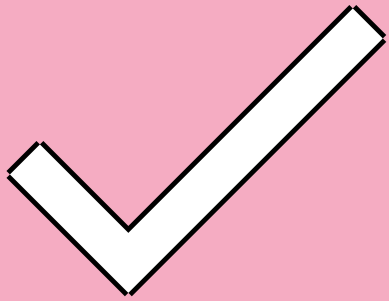
Besonders schutzbedürftige Personen wie alleinstehende Frauen, Kinder, und Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität bzw. Orientierung oder aus religiösen Gründen verfolgt werden, werden vermeidbaren Gefährdungen ausgesetzt."

POSITION VON VOLT



"Wir wollen für besonders vulnerable Gruppen in den Sammelunterkünften Wege der gesonderten Unterbringung zur Verfügung stellen. Es sollen Verfahren erarbeitet werden, die eine transparente Aufarbeitung von Übergriffen regeln und Schutzräume in den Unterkünften sollen obligatorisch werden. Zudem sollen Frauenunterkünfte weiter ausgebaut und genügend Möglichkeiten gesonderter Unterbringung für besonders betroffene Familien angeboten werden."

ANDERE POSITIONEN



ÖDP*

FDP **



Partei für

Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

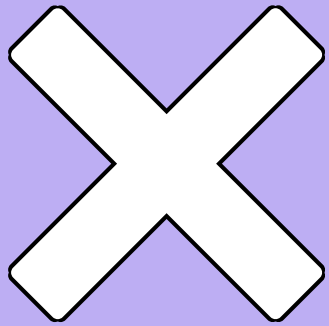
** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

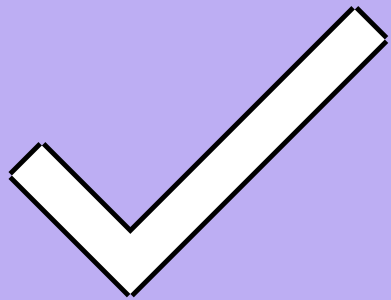
ALLE ASYLSUCHENDEN IN
DEUTSCHLAND SOLLEN
KOSTENLOSEN ZUGANG ZU
UNABHÄNGIGER UND
INDIVIDUELLER
RECHTSBERATUNG MIT
ÜBERSETZUNGSANGEBOT
ERHALTEN.

POSITION DER CDU/CSU



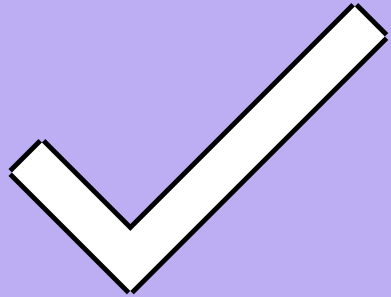
"Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) berät die Antragstellerinnen und Antragsteller umfassend bezüglich ihrer Rechte und Pflichten. Als staatliche Behörde ist das BAMF zur Objektivität verpflichtet und nimmt diese Verpflichtung auch sehr ernst. Für eine weitergehende Rechtsberatung auf Kosten des Staates sehen wir keinen Raum."

POSITION DER SPD



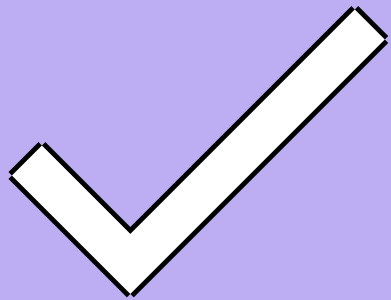
"Asylverfahren müssen alles rechtsstaatlichen Qualitäten aufweisen und zügig durchgeführt werden (innerhalb von 3 Monaten). Dazu wollen wir auch eine flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung umsetzen. Dafür benötigen die Wohlfahrtsverbände Zugang zu Aufnahmeeinrichtungen sowie eine angemessene Ausstattung mit Räumlichkeiten, Sach- und Personalmitteln. Ziel muss es sein, die Anzahl der Asyl-klagen massiv zu senken."

POSITION DER GRÜNEN



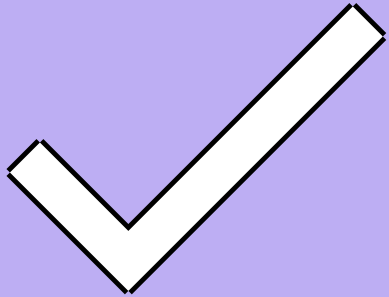
"Wir GRÜNE wollen eine nichtstaatliche unabhängige Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden, von der Ankunft bis zum Abschluss des Asylverfahrens, sicherstellen."

POSITION DER LINKEN



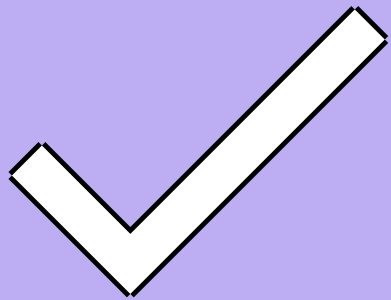
"Ein flächendeckendes Angebot einer individuellen Asylberatung durch unabhängige Verbände ist für faire und rechtsstaatliche Verfahren unabdingbar. Es ist ein Skandal, dass die jetzige Koalition ihr Versprechen gebrochen hat, für ein solches Angebot zu sorgen. Stattdessen findet lediglich eine Beratung durch das BAMF statt. Diese ist jedoch in keiner Weise unabhängig und kann viele wichtige Aufgaben nicht übernehmen, etwa die Begleitung zu Anhörungen."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



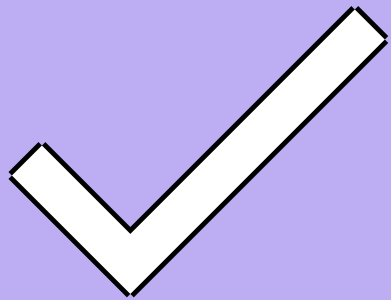
"Wir alle haben das große Glück, in einem Rechtsstaat zu leben. Dies nützt jedoch aktuell denen überhaupt nichts, die aus finanziellen Gründen sowie wegen der Sprachbarriere keine Chance haben, darauf zurückzugreifen. Gerade bei Asylfragen ist Rechtsberatung sehr wichtig, da enorm viele deutsche und internationale Gesetze im Asylverfahren relevant werden."

POSITION DER PIRATEN



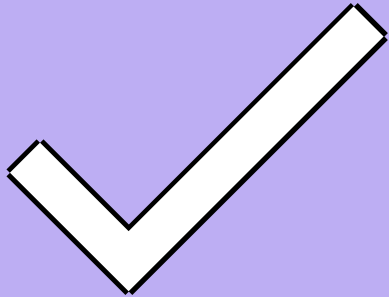
"Wir setzen uns dafür ein, Asylsuchenden einen vollständigen rechtlichen Anspruch auf eine juristische Vertretung sowie auf eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher zu gewährleisten, um diese nicht zusätzlich mit hohen Kosten, organisatorischen Schwierigkeiten und sprachlichen Barrieren zu belasten."

POSITION VON VOLT



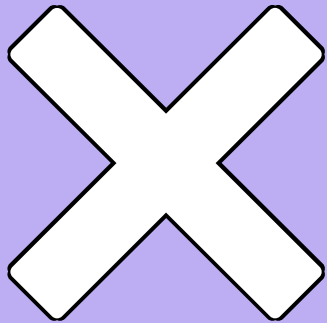
"Wir verhelfen Asylsuchenden zu ihrem Recht. Dies geschieht über eine kostenlose Asylverfahrensberatung für alle Asylsuchenden und in besonders komplizierten Fällen einen kostenlosen Rechtsbeistand. Die Rechtsschutzmöglichkeiten werden erweitert, indem das Asylverfahren dem Verwaltungsverfahren gleichgesetzt wird."

ANDERE POSITIONEN



Freie Wähler*

ÖDP*



FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

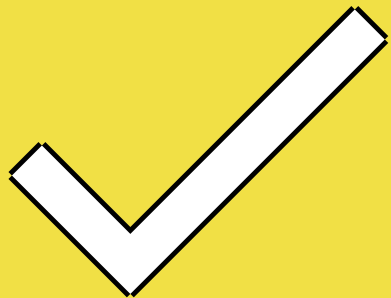
ALLE MENSCHEN OHNE
AUFENTHALTSSTATUS IN
DEUTSCHLAND SOLLEN
KOSTENLOSEN ZUGANG ZU
INDIVIDUELLER
PSYCHOLOGISCHER BETREUUNG
MIT ÜBERSETZUNGSANGEBOT
ERHALTEN.

POSITION DER CDU / CSU



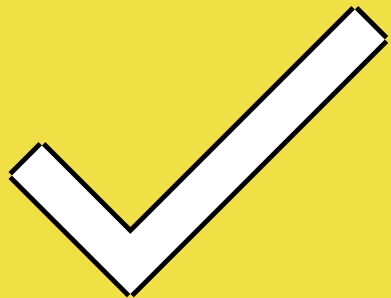
"Menschen ohne Aufenthaltsstatus muss und wird in Deutschland diejenige medizinische Hilfe zuteil, die notwendig ist, um eine akute Erkrankung zu heilen oder zu lindern. Darüber hinaus gibt es keinen Zugang zu medizinischen Leistungen."

POSITION DER SPD



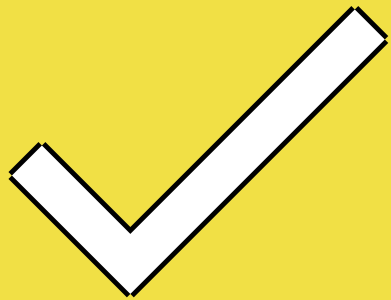
"Gesundheit ist ein Menschenrecht. Das gilt auch für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und ohne Krankenversicherung. Damit sie bspw. eine Schmerzbehandlung oder eine andere gesundheitliche Hilfe erhalten können, wollen wir einen anonymisierten Krankenschein einführen."

POSITION DER GRÜNEN



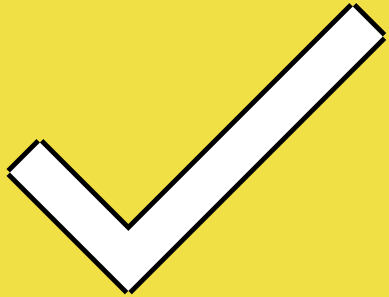
"Damit Sprache keine unüberwindbare Hürde darstellt, wollen wir GRÜNE einen Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung im SGB V schaffen. [W]ir GRÜNE sehen auch die Notwendigkeit psychologischer Betreuung, die Finanzierung derselben obliegt dann allerdings den Ländern, die für Unterbringung und Versorgung Geflüchteter zuständig sind. Daher ist dieser Teilaspekt nicht explizit im Bundestagswahlprogramm erwähnt."

POSITION DER LINKEN



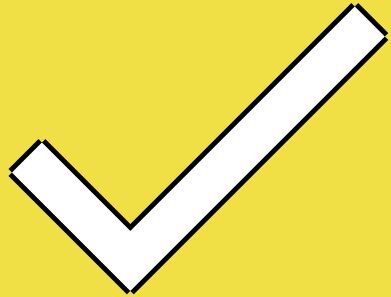
"Wir wollen einen grundlegend anderen Umgang mit Menschen ohne Aufenthaltsstatus, kein Mensch ist illegal. Die Menschenrechte gelten unabhängig von aufenthaltsrechtlichen Papieren. Der Zugang zu medizinischen Behandlungseinrichtungen, auch psychologischen Beratungsdiensten, muss niedrigschwellig ermöglicht werden, ohne Angst vor Abschiebung. Es braucht Wege in die "Legalität", insbesondere für Menschen, die schon lange hier leben, oder wenn Kinder oder Opfer von Menschenhandel betroffen sind."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



"Wie traumatisierend eine Flucht aus seinem Heimatland, hinein in die Fremde und durch große Gefahren wirklich ist, können wir nur erahnen. Den Geflüchteten muss daher die Möglichkeit gegeben werden, dies angemessen zu verarbeiten. Im Zuge dessen, dass wir uns für die Entstigmatisierung und Anerkennung psychischer Leiden und Krankheiten einsetzen, bedürfen Geflüchtete nicht nur physischer, sondern auch psychischer Heilung."

POSITION DER PIRATEN



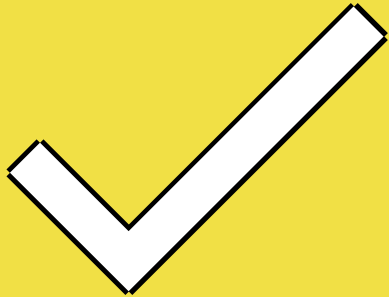
"Wir brauchen eine intensivere Politik für Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufhalten, um deren Recht- und Perspektivlosigkeit zu beenden. Für diese Menschen wollen wir den Bildungszugang und die medizinische Versorgung sicherstellen. Bremen hat hierbei bereits Vorbildprojekte auf den Weg gebracht."

POSITION VON VOLT



"Wir setzen uns für Behandlungsangebote für Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Traumata ein. Dabei soll die medizinische und psychologische Betreuung nach Geschlechtern getrennt angeboten werden. Zudem muss ein Identifizierungsverfahren für traumatisierte Asylsuchende erarbeitet werden."

ANDERE POSITIONEN



Freie Wähler*



ÖDP*

FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

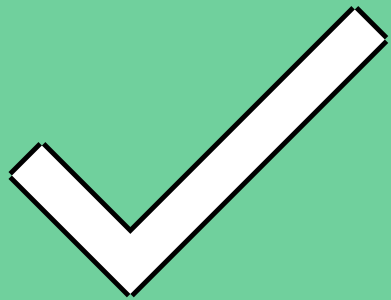
**ALLE MENSCHEN MIT
SCHUTZSTATUS IN
DEUTSCHLAND SOLLEN IHRE
FAMILIEN ZEITNAH UND OHNE
ADMINISTRATIVE ODER
FINANZIELLE HINDERNISSE
NACH DEUTSCHLAND HOLEN
KÖNNEN.**

POSITION DER CDU/CSU



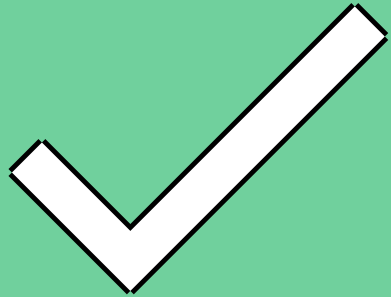
"CDU und CSU lehnen eine Ausweitung des Familiennachzugs über die heute bestehenden Regelungen hinaus ab."

POSITION DER SPD



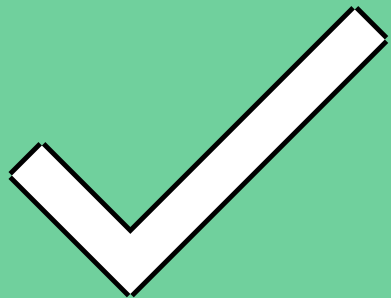
"Die Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir wieder an die für Flüchtlinge angleichen. Dabei werden wir auch Regelungen für den Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schaffen."

POSITION DER GRÜNEN



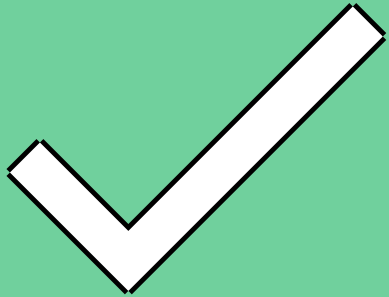
"Wir GRÜNE treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen ihre Angehörigen ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten gemäß der Genfer Konvention gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An deutschen Botschaften braucht es mehr Personal und die Möglichkeit, digital Anträge zu stellen, um die Wartezeiten zu verkürzen."

POSITION DER LINKEN



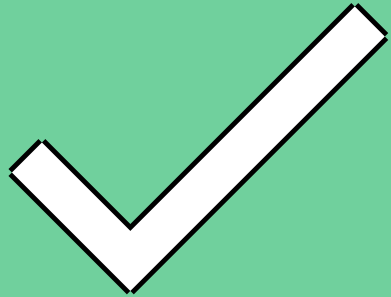
"Wir wollen das Recht auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte uneingeschränkt wiederherstellen. Die Ungleichbehandlung mit anderen anerkannten Flüchtlingen beim Familiennachzug ist humanitär, sachlich und menschenrechtlich nicht begründbar. Dringend erforderlich ist auch ein Recht auf Geschwisternachzug bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Bürokratische Hürden in der Visumspraxis müssen beseitigt, der Familiennachzug muss unkompliziert ermöglicht werden."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



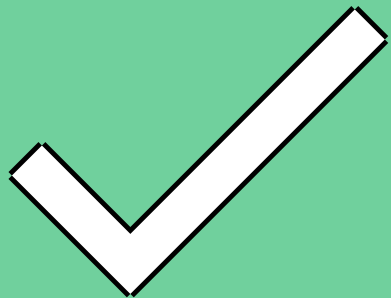
"Geflüchteten muss die Möglichkeit gegeben werden, ihre Familie ebenfalls nachzuholen, denn niemand will sich allein ein neues Leben aufbauen und seine Familie in Elend und Krieg wissen. Der Familiennachzug ist also eine Frage der Humanität und muss risikofrei ermöglicht werden. Auch für die erfolgreiche Integration ist es wichtig, dass Familien nicht auseinandergerissen werden."

POSITION DER PIRATEN



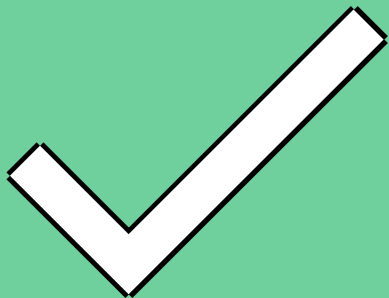
"Wir sehen in der Pflicht, noch vor der Einreise nach Deutschland einen Sprachkurs Deutsch zu belegen und erfolgreich abzuschließen vor allem eine Abschottungsmaßnahme gegenüber Ehegatten aus nicht EU-Ländern, die finanziell nicht gut ausgestattet sind, da Deutschkurse im Ausland oft teuer und mitunter mit hohem Aufwand verbunden sind. Wir halten es für vollkommen ausreichend, wenn nachziehende Ehegatten hier vor Ort Deutschkurse belegen."

POSITION VON VOLT

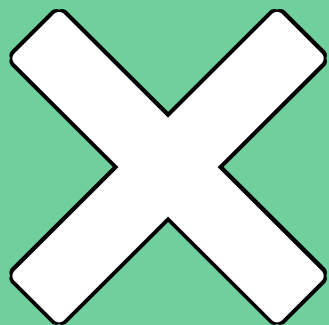


"Wir vereinfachen Familienzusammenführungen. Die Obergrenze für den Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten wird abgeschafft und die Verfahren beschleunigt. Familienzusammenführungen werden in Deutschland für verwandtschaftliche Beziehungen bis zum dritten Grad ermöglicht. Wir wollen Familiennachzug für die Kernfamilie von subsidiär Schutzberechtigten ohne Obergrenze ermöglichen und die Verfahren schneller durchführen."

ANDERE POSITIONEN



ÖDP*



Freie Wähler*

FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

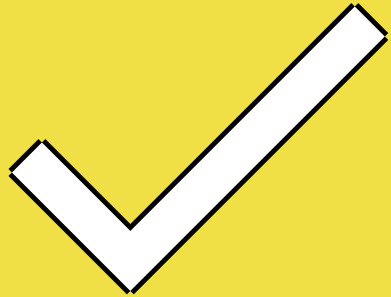
DEUTSCHLAND SOLL KEINE
MENSCHEN IN KRIEGS- ODER
KRISENGEBIETE WIE Z.B.
SYRIEN ODER AFGHANISTAN
ABSCHIEBEN.

POSITION DER CDU / CSU



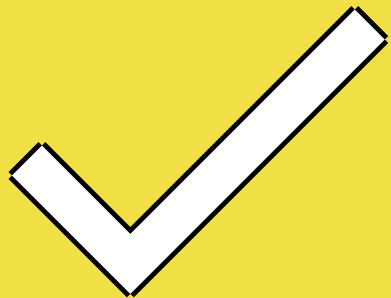
"Menschen, die nach durchlaufenen behördlichen und gerichtlichen Verfahren kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, sind verpflichtet, das Land zu verlassen. Diese Verpflichtung muss gegebenenfalls auch zwangsweise durchgesetzt werden. Dabei wird individuell geprüft, ob es Abschiebungshindernisse gibt. Ein genereller Abschiebestopp für bestimmte Gebiete kann nur in eng begrenzten Ausnahmefällen und nur zeitlich befristet erfolgen."

POSITION DER SPD



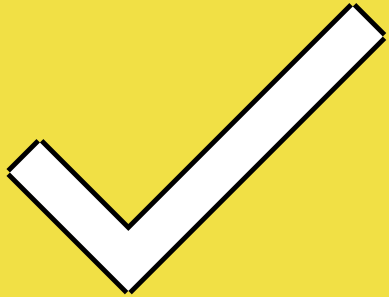
"Wir werden keine Menschen in Perspektivlosigkeit und Lebensgefahr abschieben. Da die Sicherheitslage in Afghanistan kein sicheres Leben zulässt, werden wir keine Abschiebungen nach Afghanistan durchführen."

POSITION DER GRÜNEN



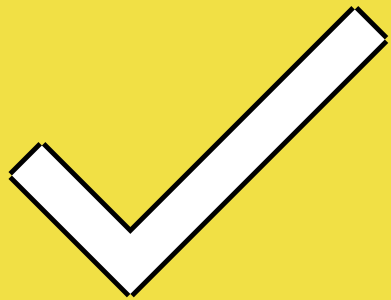
"Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer werden wir beenden, den Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan bundesweit wieder einsetzen. Wir GRÜNE wollen, dass es keine Zusammenarbeit mit syrischen Behörden für Abschiebungen gibt und die Abschiebepartnerschaft mit Afghanistan beendet wird. Wir wollen überdies die erleichterte Abschiebung von erkrankten und traumatisierten Geflüchteten zurücknehmen und die Anerkennung von psychotherapeutischen Gutachten im Verfahren wieder ermöglichen."

POSITION DER LINKEN



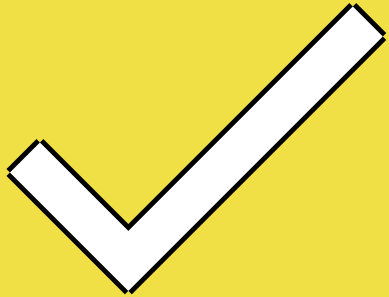
"DIE LINKE. ist grundsätzlich gegen Abschiebungen. Insbesondere dürfen Menschen nicht in Kriegs- oder Bürgerkriegsgebiete abgeschoben werden. Wir setzen uns stattdessen für humanitäre Bleiberechtsregelungen ein. Die Menschenrechte, das Recht auf Leben und der Schutz vor Folter, gelten absolut. Auch so genannte Straftäter dürfen deshalb nicht in den Tod geschickt oder schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt werden. Abschiebungen nach Syrien oder Afghanistan verbieten sich deshalb."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



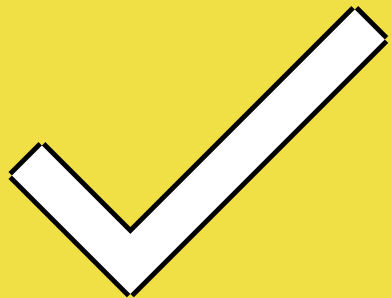
"Wir stehen zu unserem Asylrecht und wollen unserer humanitären Verantwortung in Deutschland gerecht werden. Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge genießen Schutz, bis die Lage in ihren Heimatländern eine Rückkehr zulässt."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



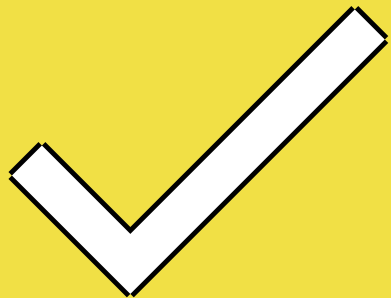
"Es ist völlig verständlich, dass Menschen dieser Lebensgefahr entfliehen wollen. Einer Lebensgefahr, die im Übrigen unsere Waffenexporte und die generelle militärische Einmischung der westlichen Welt verschuldet haben. Dahin darf man niemanden gegen seinen Willen zurückschicken. Wir sind zudem für die Abschaffung angeblich „sicherer Herkunftsländer“, da diese die Situation der Geflüchteten pauschalisieren und nur Abschiebungen erleichtern sollen."

POSITION DER PIRATEN



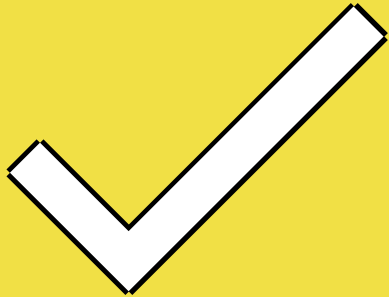
"Wir setzen uns für ein generelles Ende von Abschiebungen und der Abschiebepolitik ein, insbesondere zwischen dem 15. November eines Jahres und dem 15. März des Folgejahres ein. Abschiebungen in Krisenregionen und in Gebiete, in denen die Verhältnisse eine Gefahr für Gesundheit oder Leben darstellen können, ist generell abzulehnen. Die Konsequenzen einer Abschiebung führen für den betroffenen Menschen fast immer in aussichtslose Situationen und oft auch zu Gefahr für Leib und Leben."

POSITION VON VOLT



"Volt lehnt Abschiebungen in Kriegsgebiete, wie z.B. Afghanistan oder Syrien, grundsätzlich ab. Gerade nach den neuesten Entwicklungen kann es keine Option sein, Menschen unfreiwillig nach Afghanistan zurück zu bringen. Die Situation in Syrien ist immer noch unübersichtlich und eine Gefahr für Leib und Leben kann nicht ausgeschlossen werden. Solange dies der Fall ist, fordern wir einen Abschiebestopp."

ANDERE POSITIONEN



ÖDP*



FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

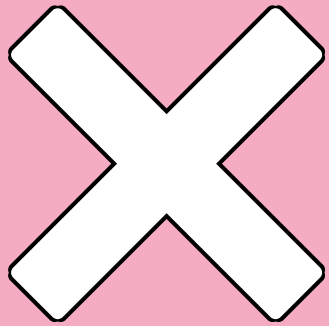
** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

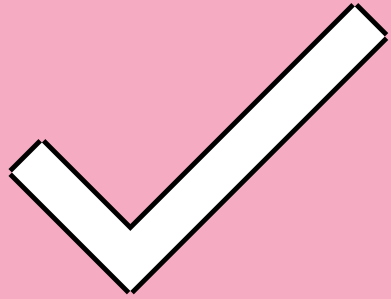
**UNABHÄNGIG VOM
AUFENTHALTSSTATUS SOLLEN
ALLE MENSCHEN IN
DEUTSCHLAND ZUGANG ZU
GESUNDHEITSVERSORGUNG,
AUSBILDUNG UND ARBEIT
ERHALTEN.**

POSITION DER CDU / CSU



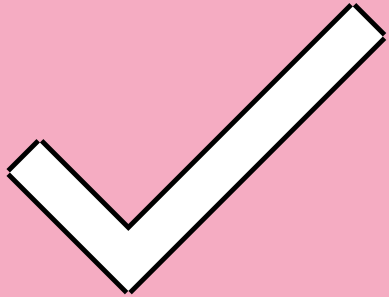
"Alle Menschen, die zum Aufenthalt in unserem Land berechtigt sind, nehmen an den staatlichen Versorgungsleistungen und Integrationsangeboten teil. Sie haben Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt und werden nach und nach integraler Teil unserer Gesellschaft."

POSITION DER SPD



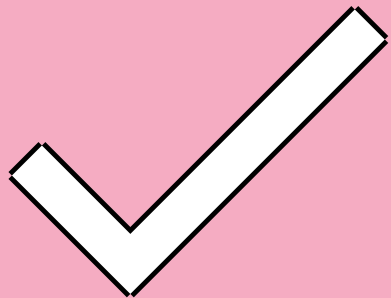
"Jeder, der bei uns lebt, soll das Recht haben, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Arbeitsverbote werden wir daher grundsätzlich abschaffen. In unserem Integrationsgesetz haben wir den Paradigmenwechsel hierzu eingeleitet. Diesen Weg werden wir weiter gehen und die Vorschriften immer weiter verbessern und der aktuellen Lage anpassen."

POSITION DER GRÜNEN



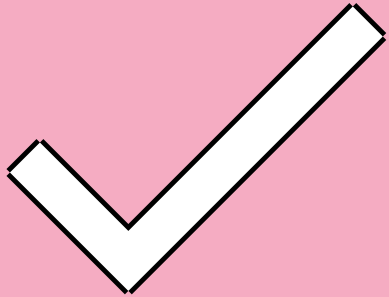
"Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung muss auch für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz oder Wohnungslose und unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleistet sein. Das gilt auch für Unionsbürger*innen und Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von Beratungsnetzwerken für Menschen ohne Papiere. [W]ir GRÜNE wollen das Recht von Kindern, unabhängig von der Bleibeperspektive, auf Zugang zu Kitas, Schulen und anderen Bildungsangeboten garantieren."

POSITION DER LINKEN



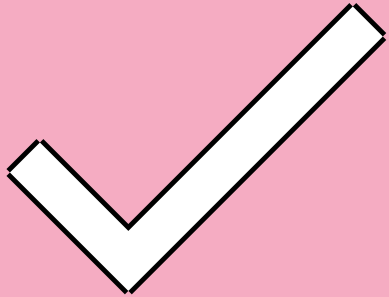
"Wir wollen gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben. Insbesondere müssen die grundlegenden Menschenrechte unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Betroffenen gewährleistet werden. Wir sind deshalb auch dafür, dass Asylsuchende von Beginn an arbeiten und für sich selbst sorgen können sollen, anstatt sie gegen ihren Willen zu abhängigen Leistungsbezieher*innen zu machen. Alle Menschen haben ein Recht auf bestmögliche Gesundheitsversorgung."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



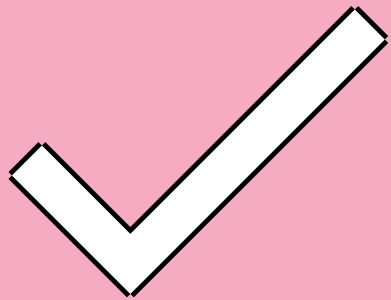
"Wir wollen dem Fachkräftemangel begegnen, indem wir möglichst umfassend die zu uns kommenden Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren. Hierfür sind neben intensiven Deutschkursen maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit notwendig, die in enger Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern und den Unternehmen entwickelt werden müssen."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



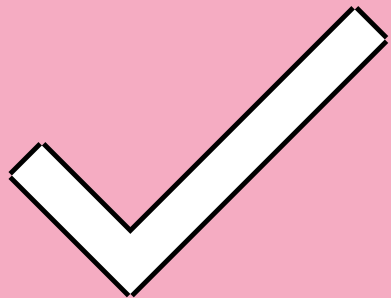
"Immer wieder gibt es Vorwürfe gegen Geflüchtete, sie würden nur unseren Sozialstaat auszunutzen wollen – gleichzeitig wird ihnen meist viel zu lange einfach keine Arbeitserlaubnis gewährt. Möchte ein Mensch in Deutschland arbeiten oder sich ausbilden lassen, zeigt er seinen Wunsch nach eigenständiger Sicherstellung seines Lebensunterhalts und Integration. Dabei sollten ihm nicht unnötig Steine in den Weg gelegt werden. Außerdem hat jede:r ein Recht darauf, gesund gepflegt zu werden."

POSITION DER PIRATEN



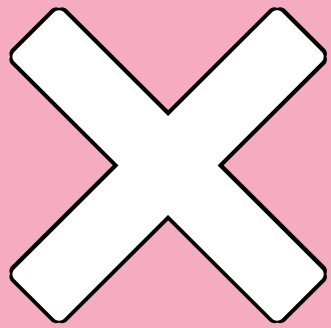
"Wir fordern eine Initiative, die die Illegalisierung von Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland befinden, beendet. Diese sollen eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeits-erlaubnis erhalten, um einen geregeltes Leben in Würde führen zu können."

POSITION VON VOLT



"Volt will eine umfassende Gesundheitsversorgung sichergestellt. Diese beinhaltet insbesondere eine psychologische Betreuung und Traumatherapie. Außerdem wollen wir Asylsuchenden in Deutschland vom Ankunftstag an Zugang zum Bildungssystem ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete ohne Genehmigung des Bundesamtes für Arbeit einer Beschäftigung nachgehen können. Dies gilt unabhängig davon, ob die Asylsuchenden in einer Aufnahmeeinrichtung oder ihrer eigenen Wohnung wohnen."

ANDERE POSITIONEN



ÖDP*

FDP**



Partei für

Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

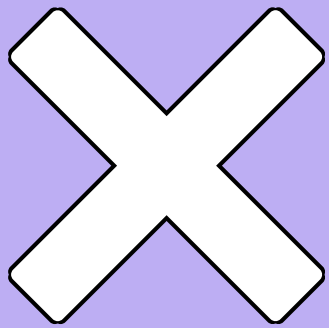
** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

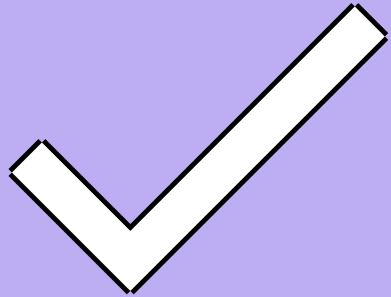
SOZIALÄMTER SOLLEN NICHT
VERPFLICHTET SEIN, ÄRZTLICHE
BEHANDLUNGEN VON
MENSCHEN OHNE
AUFENTHALTSSTATUS DER
AUSLÄNDERBEHÖRDE ZU
MELDEN.

POSITION DER CDU/CSU



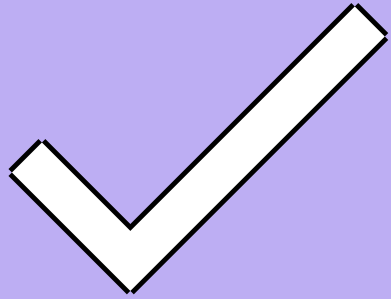
"Menschen ohne Aufenthaltsrecht, die staatliche Leistungen für ärztliche Behandlungen in Anspruch nehmen, müssen von den Sozialbehörden darüber informiert werden, dass diese die Ausländerbehörde davon in Kenntnis setzen. Es gibt kein Recht auf illegalen Aufenthalt. Staatliche Behörden handeln auf der Basis der geltenden Rechtsordnung, die vorschreibt, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht das Land zu verlassen haben."

POSITION DER SPD



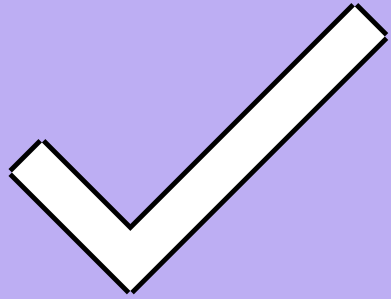
"Wir wollen nicht, dass Lehrer*innen oder Ärzt*innen verpflichtet sind, den illegalen Aufenthaltsstatus von Kindern oder Patienten zu melden. Erhält jedoch die öffentlich Verwaltung Kenntnis von Menschen ohne Aufenthaltsstatus, so kann sie diese Information nicht ignorieren. Deshalb wollen wir den anonymisierten Krankenschein, um niederschwellige grundlegende Gesundheitsversorgung auch für Menschen ohne Papiere möglich zu machen und ohne die handelnden Personen in die Bredouille zu bringen."

POSITION DER GRÜNEN



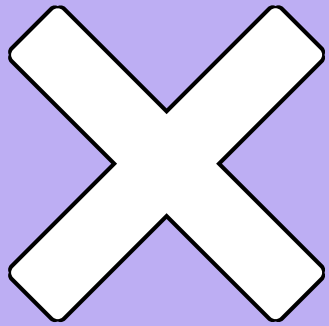
"Wir GRÜNE setzen uns für die Abschaffung der Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen ein."

POSITION DER LINKEN



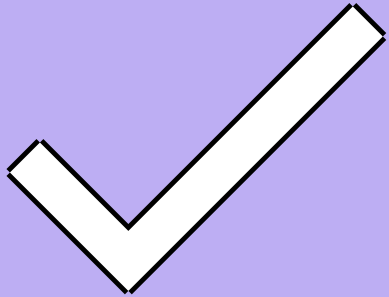
"DIE LINKE. will den so genannten Denunziationsparagrafen im Aufenthaltsgesetz abschaffen. Auch Menschen ohne Papiere sollen ihr Recht auf Gesundheit, etwa in Sozialämtern, geltend machen können, ohne Angst vor Abschiebung. Die geltenden Regelungen zum verlängerten Geheimnisschutz im Rahmen der ärztlichen Schweigepflicht und zur Kostenerstattung in medizinischen Notfällen sind nach bisherigen Erfahrungen nicht ausreichend. Es bedarf deshalb gesetzlicher Klarstellungen."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



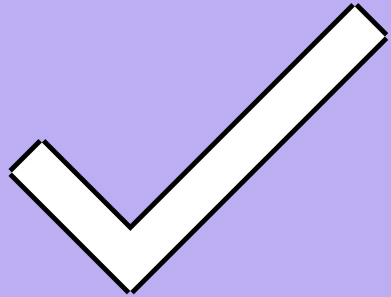
"Wir sind für die Beibehaltung der aktuellen Regelungen. Der 'verlängerte Geheimnisschutz', welcher bei Notfallbehandlungen gilt, ist unsere Ansicht nach ausreichend. Bei der Abrechnung von geplanten medizinischen Eingriffen muss das Sozialamt weiterhin verpflichtet sein die Daten weiterzugeben."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



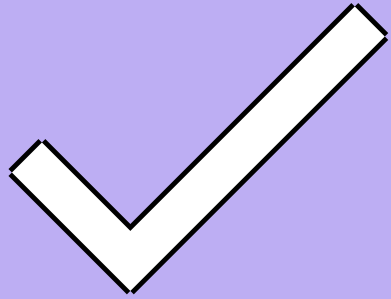
"Jede:r hat ein Recht darauf, gesund gepflegt zu werden und jede:r Ärzt:in wird darauf vereidigt, sich bei der Erfüllung der Berufspflicht nicht durch Alter, Krankheit oder Behinderung, Glaube, ethnische Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politische Zugehörigkeit, Rasse, sexuelle Orientierung, soziale Stellung oder durch andere Faktoren beeinflussen zu lassen. Die Angst, an die Ausländerbehörde gemeldet zu werden, darf Menschen ohne Papiere nicht davon abhalten, zum Arzt zu gehen."

POSITION DER PIRATEN



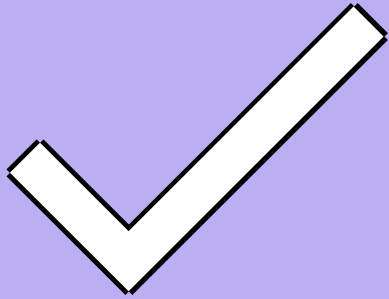
"Wir brauchen eine intensivere Politik für Menschen, die sich ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland aufhalten, um deren Recht- und Perspektivlosigkeit zu beenden. Für diese Menschen wollen wir den Bildungszugang und die medizinische Versorgung sicherstellen. Bremen hat hierbei bereits Vorbildprojekte auf den Weg gebracht."

POSITION VON VOLT

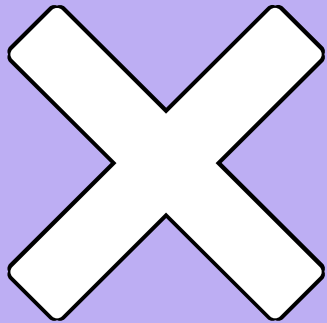


"Menschen ohne Aufenthaltsstatus sollten Zugang zu ärztlicher Versorgung erhalten, ohne dass dies mit einer Meldepflicht verknüpft ist. Die Meldepflicht sorgt in der Praxis oft dafür, dass Menschen mit inoffiziellem Aufenthaltsstatus sich scheuen medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen. Dies kann zu lebensbedrohlichen Situationen für diese Menschen führen. Es sollte also möglich sein medizinische Leistungen in Anspruch nehmen zu können ohne Angst haben zu müssen gemeldet zu werden."

ANDERE POSITIONEN



ÖDP*



FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.